

**Ansprache von Erzbischof Joachim Kardinal Meisner  
anlässlich des Neujahrsempfangs des Diözesanrats am 20. Januar 2002 in Köln**

Verehrte Damen und Herrn!

Herzlich danke ich Ihnen für die guten Wünsche und Grüße, die Sie mir anlässlich des bevorstehenden Jahreswechsels überbracht haben. Ich sage so oft im Laufe des Jahres, dass an Gottes Segen alles gelegen ist. Das möchte ich in dieser Stunde ebenfalls betonen. Mit vielen Menschen habe ich der Hoffnung Vermutung in meinem Leben Raum gegeben, dass sich mit dem neuen Jahrhundert und dem neuen Jahrtausend die Welt zum Besseren wenden wird. Der 11. September 2001 hat uns leider eines anderen belehrt.

**1. Man sagt, dieser Tag würde das Ende der Spaßgesellschaft markieren; nichts werde mehr sein, wie es einmal war.**

Hier muss ich sagen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ In unserer westlichen Welt halten sich viele Menschen für emanzipiert; sie meinen, sich der Hand Gottes entwunden zu haben und sich nun selbst überlassen zu sein. Was dann aus unserer Gesellschaft wird, das zeigt ein Blick in die Gegenwart. Ein Kenner des Islam hat gesagt, der islamische Fundamentalismus habe seinen Ursprung in einer Abwehrreaktion gegen die Unkultur des Westens. Für einen gläubigen Muslim gilt ein Mensch wie ein Tier, wenn dieser nicht an Gott glaubt, sondern Gott sogar lästert. Im „christlichen Abendland“ werden Muslime Zeugen, wie wir die eheliche Treue missachten, Kinder abtreiben, alte Leute abschieben und Homosexuelle verheiraten. Darin tritt der Inbegriff der sogenannten Spaßgesellschaft zutage.

„Was gefällt, ist auch erlaubt“: Dieses Goethe-Zitat klingt - ironisch unterlegt von Wilhelm Busch - noch ganz amüsant. Wir haben uns streng daran gehalten und den Satz „Ich will Spaß!“ zu unserem Lebensmotto gemacht. Was jedoch Menschen anderer Kultur und Religion davon halten, stellt uns der 11. September in aller Brutalität vor Augen. Ich bin gespannt, ob der Schock nun tatsächlich dieser „Spaßgesellschaft“ ein Ende bereitet. Dringend nötig wäre eine sogenannte „moralische Aufrüstung“; natürlich nicht, um dem Terror nachzugeben, sondern weil das Motiv dieses Terrors eine bis zur Unkenntlichkeit entstellte Wahrheit in sich birgt. Diese Wahrheit künden uns so viele untergegangene Großreiche und Hochkulturen. Sie besteht in der Erkenntnis, dass eine Gesellschaft, die ihr Streben auf Lustgewinn beschränkt, dekadent wird und zerfällt.

**2. Der Wert einer Gesellschaft ist an ihrer Ethik abzulesen, die sich in erster Linie im Umgang mit den Schwächsten zu bewähren hat.**

Insofern findet sich der gegenwärtig vielleicht eklatanteste Bedarf an moralischer Aufrüstung vor unserer Haustür, ja sogar schon mitten drin in unserem „europäischen Haus“. Ich spreche von der Biotechnik, die den Menschen in nie gekanntem Ausmaß mit der Aura des Schöpfers umkleidet. Die rasante Entwicklung der letz-

ten Jahre auf diesem Gebiet hat die Lage für die Kirche und auch für die Politik radikal verändert. Recht bescheiden ging im Schatten der so genannten Wende von 1989 auch eine Wende von den Weltanschauungsdebatten hin zu Menschenanschauungsdebatten vor sich. „Was ist der Mensch?"; diese Frage trägt das Alte Testament teils staunend, teils stöhnend vor. Dramatische Brisanz gewinnt sie im Munde einer verunsicherten Neuzeit, die sich die ehrfurchtgebietende Antwort „Geschöpf Gottes“ verbittet. An dieser Frage wird sich zweifellos die Zukunft der Menschheit entscheiden - nicht bloß irgendwie theoretisch, sondern ganz praktisch. Wenn die Bioethik nicht mehr Schritt halten kann mit der Biotechnik, dann werden diejenigen, die jetzt sein wollen wie Gott, ebenso erkennen müssen wie einst die Stammeltern: Das Paradies verliert man gerade dann, wenn man sich sein eigenes schaffen will.

Angesichts der drängenden Fragen um die neuen medizinisch-biologischen Möglichkeiten wird man sich seiner jeweiligen Rolle noch einmal besonders bewusst werden müssen. Von dem griechischen Philosophen Xenokrates wird erzählt, er habe einen Schmeichler heftig angefahren und ihn aufgefordert: „Widerspruch mir doch einmal, damit ich merke, dass wir zu zweit sind!“ Auch die Kirche hat nicht den Auftrag, der Politik ethische Alibis zu liefern. Ein Staat, der sich eine dergestalt willfährige Kirche wünschen würde, dächte kurzsichtig. Dann wäre der Kirche ja ihre Eigenständigkeit geraubt, die Grundwerte unseres Gemeinwesens aus eigenen Quellen zu verteidigen. Interventionen der Kirche auf ethischem Gebiet sind keineswegs Ausdruck ihrer Selbstzufriedenheit, sondern nichts weniger als ein Dienst an unserer Gesellschaft - so unbequem und unbeliebt dieser häufig auch sein mag. Ein allein zuständiger Staat wäre zugleich allzuständig oder, wie das lateinische Lehnwort heißt, totalitär.

Wir Katholiken haben gelernt, genau hinzuhören, wenn die katholische Position von gewissen Staatsmännern wegen ihrer inneren Konsequenz mit Respekt bedacht wird, womit dann aber in der Praxis nichts anderes gemeint ist, als dass man die katholische Auffassung für irrelevant erklären will. Freilich hat das Zweite Vatikanische Konzil entschieden eine recht verstandene Autonomie der irdischen Dinge vertreten. So darf auch die Kirche ihrerseits keine Allzuständigkeit beanspruchen. Sie soll sich nicht zu allem und jedem äußern. Sie wird auch nicht mehr gehört, wenn sie ständig redet. In den meisten politischen Fragen hat die Kirche als Kirche keine eigenständige Kompetenz.

Schief werden die Vorbehalte gegenüber kirchlichen Interventionen allerdings, wenn man ihr pauschal Fortschrittsskepsis unterstellt. Niemand steht in der Spaßgesellschaft schneller am Pranger als der vermeintliche Spaßverderber. Die Rolle, die man der Kirche am liebsten öffentlich zuschreibt, ist, Bedenken zu äußern, zu warnen und die technische und sonstige Zukunft in den düstersten Farben zu malen. So auch bei den vielfältigen Fragen der Biomedizin: Immer scheint die Kirche Bremserin zu sein, misanthropische Bedenkenträgerin, die Cassandra unserer Tage. Dieses öffentliche Image steht freilich in irritierendem Gegensatz zum Kern der christlichen Botschaft. Cassandra war als düstere Prophetin des Verhängnisses und der Ausweglosigkeit geradezu Exponent der klassischen griechischen Tragödie. Jesus Christus dagegen ist als Licht in die Finsternis gekommen, er repräsentiert nicht Bedenken, sondern Hoffnung, nicht Bigotterie, sondern Lebensfreude, nicht Misanthropie, sondern Menschenliebe. Nicht Diät verordnet er seinen Aposteln, sondern schenkt sich ihnen als das Brot des Lebens und sendet die so Genährten in den Weinberg. Christliche Hoffnung ist das Gegenteil von Zukunftsangst.

Dennoch, auf dem Gebiet der Biotechnologie scheint die Kirche inzwischen vorwiegend als wissenschaftsfeindliche Bedenkenträgerin wahrgenommen und teilweise auch gezielt dargestellt zu werden. Jedem Fortschritt halte sie wenigstens die Forderung nach einem Moratorium wenn nicht gar ein Veto entgegen; jeden Eingriff in die Schöpfung Gottes verurteile sie grundsätzlich. Eine solche Karikatur steht im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit der katholischen Kirche. Die Wertschätzung der menschlichen Vernunft hat die Kirche stets vor jedem Irrationalismus bewahrt. Selbst die Auffassung, die Schöpfung sei nur Gott vorbehalten, entspricht nicht der katholischen Tradition, die den Menschen als „Mitschöpfer Gottes“ versteht. Vergessen wir nicht, dass es ein Augustinermönch war, Gregor Mendel, der schon in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts durch seine Regeln zur Vererbungslehre die Grundlagen für die moderne Biotechnik schuf. Auch heute noch begrüßt die Kirche viele Fortschritte auf diesem Gebiet lebhaft. Sie teilt die Hoffnung der Forscher, mit biotechnisch

hergestellten Medikamenten Menschen zu helfen. Die sogenannte „grüne Gentechnik“ trägt vielleicht dazu bei, den Hunger in der Welt wirksamer als bisher zu bekämpfen.

Zwar haben das Staunen und der Respekt vor der Schöpfung Gottes gerade die katholische Tradition daran gehindert, die Natur als bloßes Material zu heilsverheißendem ökonomischem Profit zu behandeln, und das muss auch heute gelten. Aber der wissenschaftliche Fortschritt wurde durchaus gefördert, hatte in der Mitte der Kirche seinen Platz. Bei seinem ersten Deutschlandbesuch hob Papst Johannes Paul II. am 15. November 1980 im Kölner Dom hervor: „Es besteht kein Anlass, unsere technisch-wissenschaftliche Kultur als gegensätzlich zur Schöpfungswelt Gottes zu sehen (...). Heute ist es die Kirche, die eintritt für den Fortschritt im Dienste einer Menschheit, die seiner zur Sicherung ihres Lebens und ihrer Würde bedarf.“ Dieser eigentliche katholische Vernunft- und Fortschrittsoptimismus liegt begründet im christlichen Glauben an die Menschwerdung Gottes. In diesem Glauben dürfen wir die Menschen mit all ihren Fähigkeiten nicht bloß als Geschöpfe verstehen, sondern in gewissem Sinne sogar als Brüder und Schwestern Gottes.

Erst an diesem tiefsten Grund ihrer fortschrittsoptimistischen Überzeugung zieht die Kirche Grenzen. Und zwar zieht sie Grenzen gegen die Begrenzung, nämlich der menschlicher Würde, gegen jede De-finition des Menschen, die ihn auf einen bloßen Faktor einer Kosten-Nutzen-Rechnung reduzieren will. Gerade um der einzigartigen Würde des Menschen willen erhebt die Kirche ihre Stimme immer und überall da, wo dieser nur noch als Menschenmaterial gesehen wird, als Produkt, als Mittel zu irgendeinem Zweck. Schon wenn die Menschenwürde an Vorbedingungen geknüpft werden soll, legt die Kirche Einspruch ein. Wer den Menschen nur noch als Material versteht, dessen Marktauglichkeit auf gewissen Eigenschaften beruht, der läutet das Ende des Fortschritts der Menschheit ein; dann wäre ja niemand mehr da, der würdevoll fortschreitet. Was die geschriebenen Prinzipien unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung betrifft, muss man sich zwar bei diesem Thema keine Sorgen machen. Der Artikel unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wird gewiss nicht geändert. Die Gefahr droht aus meiner Sicht vielmehr in der Praxis.

Und da gibt es in den westlichen Gesellschaften inzwischen einen machtvollen Trend, der sich, unbekümmert um irgendwelche Prinzipien, lawinenartig durchsetzt und manchen christlichen Ethiker und manchen Politiker schon überrollt hat. Es geht um Qualität. In allen Bereichen des Wirtschaftslebens ist von Qualitätssicherung die Rede. Warum dann nicht die Qualität des Menschen ins Auge fassen? Wenn man den Menschen im Reagenzglas herstellen kann, warum soll das die einzige menschliche Produktion sein, wo es nicht auf Qualität ankommen soll? So könnte es gelingen, den lästigen Zufall genetischer Kombinationen zu verhindern, um nur noch qualitätsvolles menschliches „genetisches Material“ überleben zu lassen. Was wäre das anderes, als der Evolution ein bisschen nachzuhelfen?

Bleibt freilich das Problem, dass Menschen sich oft weniger „qualitätvoll“ entwickeln, als man gedacht hat: Sie erleiden Behinderung, Krankheit und Alter. Wer wird sich aber künftig der Einsicht verschließen können, dass ein Leben, das den bei Zeugung und Geburt zu Grunde liegenden „Qualitätsstandards“ nicht mehr entspricht, ein Leben eben „minderer Qualität“ ist? Solchen „Mängel-exemplaren“ kann man im Grunde nur noch die Möglichkeit eröffnen, selbst einen Ausgang zu wählen. Was hier skizziert wird, ist bekanntlich kein Horrorszenerario für künftige Jahrhunderte, es ist bereits die Praxis unserer Tage: „Exit“ heißt die entsprechende menschenverachtende Einrichtung, die bereits in der Schweiz und andernorts arbeitet.

Das ganze wird nach meiner Beobachtung mit viel Euphemismus verschleiert. „Verhinderung von Leid“ reklamiert man für sich bei der Selektion am Anfang des Lebens, „Beendigung von Leid“ am Ende. Tatsächlich aber schafft man nicht das Leid ab, sondern die Leidenden. Wer auf diese Weise Qualitätsmerkmale beim Menschen als Wertzuschreibungen einführt, schafft Menschen zweiter Klasse, ob er will oder nicht. Solche Gedanken sind nicht neu. Die Entwicklung der modernen Wissenschaft war begleitet von Überlegungen zur Eugenik. Der Rassismus, der Menschen motivierte, Menschen mit anderen Eigenschaften vernichtend zu hassen, war nur eine popularisierte Spielart davon.

Heute geht das subtiler, die Selektionen werden individualisiert vorgenommen. Die bevorzugten Eigenschaften sind nicht mehr „rassische“, es sind Intelligenz, Leistungsfähigkeit und körperlicher Normalbefund. Und verantwortlich dafür will keiner mehr sein. Vor wenigen Wochen ist in Frankreich der Klage eines Elternpaares

auf Schadensersatz für die Geburt eines behinderten Kindes stattgegeben worden. Nach übereinstimmender Meinung der Eltern und der Richter hätte der betreuende Arzt auf die Möglichkeit aufmerksam machen müssen, den „Schadensfall“ durch Abtreibung zu beseitigen. In Deutschland hat das Gericht ein vergleichbares Ansinnen etwa zur selben Zeit gerade eben noch abgewiesen, wohlgermerkt: laut Presseberichterstattung weniger im Blick auf das Lebensrecht des behinderten Kindes als auf das seines gesunden Zwillings.

Die Entwicklung läuft einfach. Die „Qualitätssicherung“ wird von Wissenschaftlern ermöglicht und durchgeführt, das „Qualitätsmanagement“ wird von der Politik betrieben, die bloß „ideologische Scheuklappen“ abbaut, Ethik durch Ethikkommissionen ersetzt und die Entwicklung mit dem Hinweis beschleunigen will, andere Länder seien schon „weiter“. Auf diese Weise wird Artikel 1 des Grundgesetzes Sonntagslyrik. Die Würde des Menschen ist antastbar: Im Alltag haben wir sie längst durch die Qualität des Menschen ersetzt.

Wenn man im Menschen nur noch ein Produkt sieht, einen Funktionsträger, eine Ansammlung von Fähigkeiten, dann ist in der Tat nicht zu verstehen, warum die Funktionen und Fähigkeiten dieses Produkts nicht schon von Anfang an optimal hergestellt werden sollten. Dann leuchtet freilich auch nicht mehr ein, warum ein schwer behinderter Mensch schützenswerter sein sollte als ein Tier mit besseren Fähigkeiten. Ist es Zufall, dass wir zur Zeit eine Zunahme des Tierschutzes und eine Abnahme des Menschenschutzes erleben? Der humane Fortschritt könnte künftig darin bestehen, dass die Eigenschaften des Menschen fortschreiten werden, aber nicht mehr der Mensch selbst; darauf weist die Entwicklung der Biotechnologie beim Menschen deutlich hin. Robert Musil sprach vom „Mann ohne Eigenschaften“; wir bauen derzeit quasi an „Eigenschaften ohne Menschen“. Ein solcher Fortschritt bestünde dann nur noch in der kalten Produktion höherer Komplexität, die dann schließlich doch den emotionalen Kältetod stirbt. Einem derartigen Humanismus wäre endgültig sein Subjekt abhanden gekommen.

Der Chemotechniker und Schriftsteller Stanley Weinbaum schrieb in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts - also etwa zeitgleich mit Musil - den Roman „Der Neue Adam“. Durch Mutation, so seine Vision, entsteht ein neuer Menschentypus, der auf einer höheren Stufe der Evolutionsleiter steht als der Homo sapiens. Er, der „Übermensch“, übertrifft alle seine Zeitgenossen bei weitem, aber - nicht zufällig - in ganz anderer Weise, als es zur selben Zeit in Deutschland das nationalsozialistische Ideal vom „Herrenmenschen“ beschreibt. In seinem Prolog gibt Weinbaum zu bedenken: „So hat ein Neandertaler in seiner schmutzigen Höhle, indem er seinen unterentwickelten Verstand gebrauchte, sich wahrscheinlich seinen Übermenschen als Riesen an Kraft und Wuchs vorgestellt, einen, dessen Fleischtopf und Magen nie leer ist. Ganz sicher dachte er nicht an eine Rasse, deren bloße Gedanken über seinem Begriffsvermögen liegen, und er sah keine Ironie des Schicksals darin, auf einem Kohleflöz zu Tode zu frieren. Was wir für diesen Höhlenmenschen sind, das muss der Übermensch für uns sein.“ Ja, wir Menschen müssen uns weiter aufwärts entwickeln - aber nicht in erster Linie hin zu perfekter Kraft und Intelligenz, sondern hin zu vollkommener Liebe und Verantwortung. Von daher wünsche ich mir, wir würden wenigstens annähernd soviel Energie in die Entwicklung der Ethik investieren wie in die der Genetik.

Eben darauf aber zielt der christliche Humanismus ab. Seine unzerstörbare Wurzel hat er nicht bloß im Glauben, dass der Mensch Abbild Gottes ist, Krone der Schöpfung, die er freilich nicht ausbeuten, sondern umsorgen soll wie einen Garten. Der christliche Humanismus schöpft seine Kraft aus dem Glauben an Jesus Christus, in dem Gott Mensch geworden ist und damit den Menschen an seinem göttlichen Leben hat teilhaben lassen. Nicht trügerische, menschengemachte Perfektion, sondern diese Gnade kennzeichnet den wahren „Übermenschen“. Aus diesem Glauben speist sich die Überzeugung von der gleichen Würde jedes Menschen. Und so gilt für die Kirche, dass der Stärkste und der Schwächste, der Behinderte und der angebliche Übermensch die gleiche Würde haben. Und es gilt: Von seiner Zeugung bis zu seinem Tod ist jeder Mensch zu respektieren.

Dieser im Wortsinne radikale, nämlich an der Wurzel menschlichen Lebens ansetzende Humanismus der Kirche ist gewiss eine Provokation für die Produzierer, die Selektierer und die Optimierer unserer Tage. Papst Johannes Paul II. hat in seiner großen Enzyklika „Evangelium vitae“ die gesamte Botschaft Jesu Christi als Verteidigung der Würde jedes Menschen ausgelegt. Auch wenn die Kirche sich auf dem Gebiet der Biomedizin nicht zu allem und jedem äußern sollte: Sie bewahrt über die Jahrtausende hinweg bis in unsere und kommende Zeiten hinein das heilige und kostbare Wissen um die einzigartige Würde des Menschen. Und daher ist es ihre

heilige Pflicht, gerade heute die Stimme zu erheben, wenn der menschliche Fortschritt in seinem Überschwang den Menschen selbst und seine Würde zertrampelt.

Dies ist nun zugleich der Weg, unsere heutige Gesellschaft christlich zu prägen. Zu früheren Zeiten trachteten christliche Herrscher unseres Landes nach einem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, in dem sich das Königtum Gottes widerspiegelte. Wir Christen haben uns, anders als der Islam, von theokratischen Idealen verabschiedet. Dennoch - oder vielleicht sogar gerade deshalb - dürfen wir nicht darauf verzichten, unsere Kultur stets aufs neue mit dem Evangelium zu durchdringen. Eben dies lehrt uns auch das Zweite Vatikanum, das doch so entschlossen den Selbststand der Gesellschaft bekennt: „Wenn aber unter den Worten ‚Autonomie der zeitlichen Dinge‘ verstanden wird, dass die geschaffenen Dinge nicht von Gott abhängen und der Mensch sie so gebrauchen kann, dass er sie nicht auf den Schöpfer bezieht, so spürt jeder, der Gott anerkennt, wie falsch solche Auffassungen sind. Denn das Geschöpf sinkt ohne den Schöpfer ins Nichts.“

### **3. Die Diagnose ist ganz wichtig für die Therapie.**

Christliches Zeugnis in der Welt und für sie, christliche Prägung unserer Gesellschaft sind darum bleibende Aufgaben der Kirche - auch und gerade in Zeiten eines Pluralismus, der den Werteverlust mit dem Begriff „Wertewandel“ kaschiert. Nirgends wird das deutlicher als in der Begegnung mit dem Islam. Dessen Moral steht ja nun keineswegs höher als die christliche. Was die Außenwirkung des Islam von der des heutigen Christentums unterscheidet, ist nicht zuletzt sein erklärtes theokratisches Bestreben. Wo das Christentum heute argumentiert und wirbt, fordert der Islam die öffentliche Umsetzung seiner Moralvorstellungen gebieterisch ein. Allgemein wird diese Haltung auf die Tatsache zurückgeführt, dass der Islam eben keine nachhaltige Aufklärung durchlebt habe.

Das trifft sicherlich bis zu einem gewissen Grad zu. Wir dürfen aber nicht die Augen davor schließen, dass Muslime in Deutschland ja nicht gewissermaßen unter einer Käseglocke leben. An jeder Ecke haben sie hier Gelegenheit zum Kontakt mit aufgeklärten Westeuropäern. Für die fundamentalistischen Kreise, die Islamisten, gilt dies in zumindest ebenso hohem Maße. Islamismus lässt sich nicht schlicht auf Informationsmangel zurückführen: Es ist geradezu Kennzeichen der Fundamentalisten, dass sie sich zu ihren Zwecken konsequent der neuesten Technologien und Medien bedienen. Es reicht also nicht, ein „Defizit an Aufklärung“ zu konstatieren; wir müssen uns darüber hinaus fragen, warum dieses besteht. Offensichtlich übt unsere aufgeklärte Gesellschaft auf den Großteil der Muslime nicht den erforderlichen Anreiz aus, uns auf unserem Weg zu folgen und zu begleiten.

Ganz im Gegenteil: Der Islam stellt sich seinerseits dar als die bessere Gegenwelt, und zwar nicht nur in akademischer Distanz, sondern in kämpferischer Eroberungsbereitschaft. Wir wollen dies einfach nicht zur Kenntnis nehmen, weil das auch bittere politische Konsequenzen zur Folge hätte. Das ist wie Opium, das uns über die Realität hinwegtäuschen soll, um uns nicht zu beunruhigen, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, nämlich die Kenntnisnahme eines in weiten Teilen aggressiven Islams. Das Reden vom dialogbereiten Islam ist in seiner Pauschalität solange nicht glaubwürdig, wie in den Ländern, wo der Islam die Mehrheit hat, andersgläubige Minderheiten eben nicht in Gleichberechtigung toleriert werden.

Das ändert nichts an der Dialogbereitschaft der Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil erwähnt die Muslime in seiner Kirchenkonstitution ausdrücklich, wenn es sagt: „Die Heilsabsicht umfasst aber auch die, welche den Schöpfer anerkennen, unter ihnen besonders die Muslim, die sich zum Festhalten am Glauben Abrahams bekennen und mit uns den einzigen Gott anbeten, den barmherzigen, der die Menschen am Jüngsten Tag richten wird“ (LG 16, DH 4140). Die Tatsache, dass der Katechismus der katholischen Kirche diese Passage wortwörtlich übernimmt und im Gottesvolk verbreitet (KKK 841), unterstreicht, wie ernst es die Kirche mit ihrer Verpflichtung zum Dialog nimmt.

Dasselbe Vatikanum II mahnt freilich in seiner „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ vielsagend zur Versöhnung: „Da es aber im Lauf der Jahrhunderte zu nicht wenigen Missheiligkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen gekommen ist, fordert das Hochheilige Konzil alle auf, dass sie sich, indem sie das Vergangene vergessen, aufrichtig um wechselseitiges Verstehen mühen und

gemeinsam soziale Gerechtigkeit, sittliche Güter und auch Frieden und Freiheit für alle Menschen schützen und fördern“ (n. 3, DH 4197).

#### **4. Wir sollten hier sehr auf ein „Do-ut-des-Verhältnis“ achten.**

Naturgemäß hat sich der Dialog auch dort zu bewähren, wo Christen die Minderheit stellen. Nicht zufällig findet dieser Punkt Erwähnung in dem Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Africa“ von 1995, und nicht zufällig wird der Aufforderung zum Religionsgespräch der Hinweis beigelegt: „Man wird ... besondere Aufmerksamkeit darauf legen müssen, dass der islamisch-christliche Dialog auf beiden Seiten die Ausübung der Religionsfreiheit respektiert, und zwar mit allem, was dazugehört, einschließlich der äußeren, öffentlichen Glaubenskundgebungen. Christen und Muslime sind aufgerufen, sich um die Förderung eines Dialogs zu bemühen, der von den aus einer falschen Irenik oder einem militanten Fundamentalismus herrührenden Gefahren frei ist, und ihre Stimme ebenso gegen unlautere politische Maßnahmen und Praktiken zu erheben wie gegen jedes Fehlen tatsächlicher Reziprozität der Religionsfreiheit“ (n. 66).

Verzicht auf militanten Fundamentalismus, Reziprozität der Religionsfreiheit: Solche Forderungen gewinnen ihren Sinn weniger im Blick auf den Islam in Deutschland, wo er eine Minderheit darstellt - wenn auch eine ständig wachsende. Verstehen können wir die Vorbehalte nur, wenn wir unsere Augen für die Lage christlicher Kirchen in muslimisch dominierten Gebieten öffnen. Die katholische Ostkirche, aber auch unsere orthodoxen und altorientalischen Schwesterkirchen können uns hier manches aus ihrem Alltag erzählen, was so gar nicht zu der abgehobenen Dialogästhetik mancher Kreise passen will. In ihrer jüngsten Erklärung „Zum Verhältnis von Christen und Muslimen in Deutschland“ hat die Deutsche Bischofskonferenz dieser Tatsache Rechnung getragen und deutlich angemerkt: „Wir setzen uns dafür ein, dass Muslime in unserem Land ihrem Glauben entsprechend leben können. Gleiche Bedingungen müssen auch für Christen in islamischen Ländern gelten.“

Wer sich wirklich ein umfassendes Urteil bilden will, darf darum nicht nur auf Deutschland schauen. Er müsste einfach einmal Studienreisen mit Muslimen unternehmen, etwa nach Saudi Arabien, um sich von ihnen vor Ort in konkreten Verhältnissen Taten ihrer Toleranz demonstrieren zu lassen. Wir haben weiter zu fragen: „Ist der Islam kompatibel mit unseren westlichen Verfassungen?“ - Ziel jedes Muslims ist - soweit ich das übersehe - der Gottesstaat, in dem er dann auch sein Leben voll nach dem Koran zur Entfaltung bringen kann. Gewiss, es wäre kurzschlüssig, von den Worten und Taten islamistischer Terroristen auf das Wesen des Islam zu folgern. Aber umgekehrt ist auch nicht mit der einen oder anderen Sure des Korans zu belegen, dass Muslime ihren Dschihad nur spirituell verstehen. Ein Blick auf die Realität muss schon erlaubt bleiben.

Es ist diese offensive, expansive, ja aggressive Erscheinungsform des Islam, der es Grenzen zu weisen gilt. Das wirksamste Mittel dazu ist nicht der Einsatz von Spezialtruppen, sondern ein vitales und dynamisches Christentum. Dazu kann die Kirche von Köln durchaus beitragen: Wir müssen aus einer inneren Lähmung, Resignation, Erstarrung heraus neu aufbrechen. Die Erzdiözese Köln hatte früher einen Priesterüberschuss. Wir haben in andere Länder des Ostens Priester gesandt, obwohl wir materiell bedeutend ärmer waren. Heute sind wir materiell reicher, aber personell bitter arm geworden. Hier liegt ein weites Feld zu Beginn des neuen Jahrhunderts und -tausends vor uns. Und hier darf sich keiner herausstellen, indem er die Realität nicht zur Kenntnis nimmt. Ich weiß, das ist unbequem, aber eine klare Diagnose ist Voraussetzung für eine wirksame Therapie.

#### **5. Indem wir Christus als wahren Gott und wahren Mensch verkündigen, sichern wir am nachhaltigsten die Würde des Menschen.**

Nach der Schöpfungsordnung ist er Ebenbild Gottes, nach Gottes Erlösungsordnung ist er durch die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus Ort der Anwesenheit Gottes in der Welt geworden. Darum hat Papst Johannes Paul II. recht, wenn er sagt: Der Mensch „ist der erste und grundlegende Weg der Kirche“ (Enz. „Redemptor hominis 14).

In seinem berühmten Apostolischen Schreiben zum Abschluss des hl. Jahres, „Novo millennio ineunte“, gibt uns der Papst im zweiten Teil unter der Überschrift „Das Antlitz, das es zu betrachten gilt“ das Programm für unseren Dienst in Gegenwart und Zukunft an. Der Papst geht von der Bitte der Griechen an den Apostel Jakobus aus: „Wir wollen Jesus sehen (Joh 12, 21)“ und sagt: „Unser Zeugnis wäre jedoch unerträglich armselig, wenn wir nicht zunächst Betrachter seines Angesichtes wären.“ (Nr. 16). Sein Angesicht wird uns gezeigt in der

Hl. Schrift, besonders in den Evangelien, wir erleben ihn auf dem Weg unseres Glaubens, besonders, wenn wir seinem Beispiel folgen. Wie Thomas sind wir eingeladen, seine Menschheit anzunehmen, die er von Maria angenommen, dem Tod überantwortet hat und die in der Auferstehung verklärt ist, um dann auch wie Thomas zu sagen: „Mein Herr und mein Gott“ (Joh 20, 28). Über allem erstrahlt das Antlitz des Auferstandenen, denn die Auferstehung war die Antwort des Vaters auf den Gehorsam des Sohnes. Zweitausend Jahre nach diesen Ereignissen erlebt die Kirche sie wieder, als wären sie heute geschehen“, schreibt der Papst (Nr. 28).

In einem letzten Teil diese Schreibens leitet der Papst dann die Folgerung für uns ab: „Wir sollen daraus einen neuen Aufschwung im christlichen Leben schöpfen“ (Nr. 29). Denn „keine Formel wird uns retten, sondern eine Person und die Gewissheit, die sie uns ins Herz spricht: Ich bin bei euch.“ (ebd.). Er ist unser Programm für das dritte Jahrtausend. Vor uns liegt das Werk der Erneuerung. Dazu nennt Johannes Paul II. einige Prioritäten: die Heiligkeit (vgl. Nr. 30), das Gebet (vgl. Nr. 31), die sonntägliche Eucharistiefeier (vgl. Nr. 35), das Sakrament der Versöhnung (vgl. Nr. 37). Wenn wir hier das Angesicht des Herrn schauen, dann werden wir wirkliche Augenzeugen des Herrn in der Welt.

+ Joachim Kardinal Meisner  
Erzbischof von Köln

### **Ansprache von Thomas Nickel, Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln, anlässlich des Neujahrsempfanges am 20. Januar 2002 in Köln**

Sehr geehrter Herr Kardinal, sehr geehrte Herren Bischofsvikare, sehr geehrter Herr Generalvikar, sehr geehrter, lieber Ehrenvorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Landtages Nordrhein-Westfalen, sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Medien, sehr geehrte Vorsitzende der Verbände und Organisationen, verehrte Gäste, liebe Mitglieder des Diözesanrates,

ich begrüße Sie recht herzlich zu unserem diesjährigen Neujahrsempfang. Das erste Jahr im dritten Jahrtausend ist vorbei. Wahrlich, es war ein tief bewegendes Jahr, das wir so nicht erwartet haben. Wer von uns hätte sich schon vor einem Jahr an gleicher Stelle vorstellen können, dass eine einfache Datumsangabe wie „11. September“ Bilder in uns hervorrufen, deren Schrecken tief in unsere Herzen und Köpfe gedrungen ist. Viele Menschen sind an diesem Tag durch verbrecherische Gewalt ums Leben gekommen. Das, was an diesem Tag geschehen ist, kann durch kein politisches Ziel in irgendeiner Weise gerechtfertigt werden. Hier war nur noch Hass und Verachtung am Werk, in dessen Konsequenz Menschenleben keine Rolle mehr spielen. Dies scheint mir, das eigentlich Schmerzliche und Verletzende für uns alle zu sein: Anstifter und Täter haben nicht nur Würde und Lebensrecht anderer Menschen missachtet, sondern sie haben die sinnlose Ermordung von vielen Menschen zur Verdeutlichung ihrer Ziele beabsichtigt und gut geheißen.

Die Fragen nach den Ursachen und Hintergründen dieser terroristischen Anschläge werden die Tragik dieses Tages nicht aufheben oder vergessen machen können. Doch birgt jede Katastrophe, seien es die persönlichen oder die weltpolitischen, immer auch eine Chance in sich. Nämlich die Chance, uns selbst in den Blick zu nehmen, die Gesellschaft, in der wir leben, sowie unsere Überzeugungen. Ein gerechter Friede ist nur schwer vorstellbar, wenn Millionen von Menschen das Elementarste zum Leben fehlt und sie ihrer grundlegenden Rechte beraubt sind. Elend und Unrecht bilden oft den Nährboden für Hass und Verblendung, für Terror und Krieg. Hier stehen wir alle in der Verantwortung. Wir sind dazu aufgefordert, tatkräftig, innovativ und konsequent an der Beseitigung der Ursachen mitzuwirken.

Der 11. September zeigt noch einmal schmerzlich auf, dass demokratische Gesellschaften offene und verletzbare Systeme sind. Es wird daher unmöglich sein, sich komplett gegenüber Bedrohungen von Innen und Außen zu schützen. Vielleicht kann uns in dieser Situation ein Glaubenssatz von Dietrich Bonhoeffer helfen, die Bedrohungen, denen wir uns ausgesetzt sind, aufzugreifen und positiv in christliches Handeln umzuwandeln. Ich zitiere: „Ich glaube, dass Gott aus allen, auch aus den Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und

will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen, aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein. Ich glaube, dass auch unsere Fehler und Irrtümer nicht vergeblich sind und dass es Gott nicht schwerer ist, mit ihnen fertig zu werden als mit unseren vermeintlichen Guttaten. Ich glaube, dass Gott kein zeitloses Faktum ist, sondern dass er auf aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten wartet und antwortet.“

Trotz des schrecklichen Leids, das der 11. September mit sich gebracht hat, gibt es noch eine Reihe anderer Themen, die uns im vergangenen Jahr beschäftigt haben und die ich hier und heute ansprechen möchte: So etwa, dass auch im Jahr 2001 ethische Fragen in der Medizin und Biologie Politik und Gesellschaft in Atem gehalten haben und dies sicherlich weiterhin tun werden. Als erstes Land der Welt erlauben die Niederlande 2001 die aktive Sterbehilfe. Das britische Parlament stimmt als erstes in Europa dem so genannten therapeutischen Klonen zu. In den USA berichten Wissenschaftler, sie hätten erstmals Menschen geklont. In Deutschland vollzieht sich die politische Diskussion vor allem um Fragen der Forschung an embryonalen Stammzellen und deren Import aus dem Ausland. Innerhalb der Bundesregierung setzt sich eine gentechnikfreundlichere Position durch. Vor allem in Teilen der SPD und Union wird noch mit ihrer Position zu Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung gerungen. Soweit einige der wichtigen Überschriften des Jahres, die die Entwicklungen und Diskussionen um die ethischen Fragen in der Medizin und Biologie noch einmal vor unsere Augen treten lassen.

Das menschliche Leben ist im vergangenen Jahr wieder ein Stück verfügbarer geworden. Ab welcher Stufe menschliches Leben beginnt, wird wieder neu in unserer Gesellschaft diskutiert. Die Forschung an Embryonen bzw. deren Stammzellen dient - so die Befürworter - alleine der Suche nach Möglichkeiten zur besseren Bekämpfung von Krankheiten. Die Argumente klingen dabei stets wohlmeinend, meist sprechen sie vom unerträglichen Leid und Mitleid, von Freiheit und Fortschritt, ja manchmal wird sogar offen von zu hohen Kosten und zu geringem wissenschaftlichen Nutzen gesprochen. Es darf nicht erlaubt werden, an Embryonen zu forschen, denn durch die Verschmelzung des Samens mit der Eizelle entsteht ein neuer Mensch, der von Gott gewollt ist.

Wir stehen in den als Lebenswissenschaften bezeichneten Bereichen Biomedizin und Biologie mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit an einer Schwelle: Alles scheint machbar. Und der Mensch selbst soll neu erschaffen werden. So sollen vor dem Einsetzen von Embryonen in den Mutterleib, die künstlich und im Reagenzglas befruchtet wurden, diagnostische Methoden Aufschluss darüber bringen, ob dieses Leben lebenswert ist und als Material überhaupt zu einem in unsere Gesellschaft passenden Menschen taugt. Und manche gehen noch weiter. Sie möchten selbst als Schöpfer von Menschen in Erscheinung treten. Noch mag es - so hoffe ich - mit dem Klonen von Menschen nicht Wirklichkeit werden, aber die Schwelle wäre damit übertreten. Um dies hier deutlich zu sagen, diese eben skizzierte Entwicklung muss verhindert werden. Jeder Mensch hat das Recht, einmalig zu sein. Wir müssen uns fachkundig in diese ethische Diskussion einbringen und eindeutig Position beziehen. Und dies besonders, wenn wir die von Gott gegebene Würde des Menschen verletzt sehen. Auch darin wird unser Weltauftrag sichtbar.

Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln hat deshalb folgende Feststellungen getroffen:

- \* Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein Relativieren dieses Grundsatzes lehnen wir ab.
- \* Wir halten die Präimplantationsdiagnostik und die verbrauchende Embryonenforschung für unvereinbar mit der Menschenwürde.
- \* Das Herstellen von menschlichen Embryonen durch Klonen muss verboten bleiben.
- \* Wir setzen uns für den Erhalt des deutschen Embryonen - Schutzgesetzes ein und lehnen die Forschung an embryonalen Stammzellen ab.
- \* Wir fordern die Wissenschaft auf, die Forschung an adulten Stammzellen konsequent voranzutreiben und die Möglichkeiten, die sie bietet, auszuschöpfen.

In den Niederlanden wurde im April ein Gesetz zur aktiven Sterbehilfe verabschiedet und auch der belgische Gesetzgeber arbeitet zur Zeit an einem solchen Gesetz. Besonders das niederländische Euthanasiegesetz, bedeutet in Europa eine historische Zäsur. Mit gesetzlich begründeter Lizenz zum „Töten“ dürfen Menschen nun das Leben ihrer Nächsten beenden. Dies wird darüber hinaus auch Auswirkung auf die Debatten über Organspende und Hirntod haben. Wir sollten mit aller Entschiedenheit solchen Bestrebungen in unserer Gesellschaft entgegentreten. Sterben gehört wie Geboren werden zum Leben dazu. Es gibt andere Alternativen, leidenden und sterbenden Menschen zu helfen, als mit aktiver Sterbehilfe. Schmerzfrees Sterben kann über verbesserte Möglichkeiten der Schmerztherapie und menschliche Nähe in der letzten Phase des Lebens erfolgen. Daher begrüßen und unterstützen wir das Engagement der vielen - oft ehrenamtlichen - Hospizgruppen in Deutschland, die Schwerstkranken ein menschenwürdiges Sterben ermöglichen. Die hiermit verbundenen Anstrengungen müssen künftig verstärkt werden.

Dies gilt nicht nur für andere, sondern auch für uns. Daher hat der Diözesanrat eine Kommission eingerichtet, die den Auftrag hat, eine Arbeitshilfe zum Thema „Menschliche Zuwendung bei Kranken und Sterbenden“ zu erarbeiten. Der Einzelne, die Pfarrgemeinden, die Verbände, die katholische Kirche im Erzbistum Köln sollen damit bei ihrem Engagement gestärkt werden. Auch wenn dies bisweilen in den Hintergrund getreten sein mag, die Frage nach der Zuwanderung nach Deutschland bleibt in Politik und Gesellschaft aktuell. Wir brauchen Zuwanderung und wir wollen sie auch. In gleicher Weise meinen wir es ernst mit der damit verbundenen Integration der Menschen ausländischer Herkunft in unsere Gesellschaft. Unser Land braucht eine gesetzliche Regelung zu Zuwanderung. Dabei ist es jedoch wichtig, am Asylrecht so wie es im Grundgesetz verankert ist festzuhalten und dies nicht aufweichen zu lassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Kinder zu ihren Eltern gehören und dass die Chancen für deren Integration um so höher sind, je früher sie nach Deutschland kommen. Daher muss alles unternommen werden, um ausländische Eltern davon zu überzeugen, ihre Kinder hier in Deutschland aufwachsen zu lassen. Hier ist vor allem ein umfassendes Integrationskonzept notwendig. Eine Grundlage der Integration bildet unsere Rechts- und Werteordnung. Dabei ist Integration ein gegenseitiger Prozess. Dies heißt auch, dass den Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre Glauben in unseren Schulen in deutscher Sprache intensiver kennen zu lernen.

Der Diözesanrat der Katholiken hat sich im vergangenen Jahr für die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geforderten Änderungen des § 166 StGB, durch die der Schutz religiöser, weltanschaulicher Überzeugung gestärkt werden soll, eingesetzt. Es kann nicht angehen, dass sich in den Medien, in der Kunst und Theaterszene oder etwa im Karneval zentrale Bereiche unseres Glaubens in immer aggressiverer Weise verunglimpft werden. Die Bezeichnungen für Christus am Kreuz als „Balkensepp“ oder „Lattengustl“, bzw. die Darstellung der Jünger als Homosexuellengemeinschaft und das Abendmahl als Saufgelage im Theaterstück „Corpus Christi“ seien hier stellvertretend als Beispiele genannt. Eine Novellierung des § 166 StGB halten wir auch deswegen für geboten, da von den Gerichten dieser Strafbestand nur noch in wenigen Fällen wirklich festgestellt und geahndet wird. Große Religionsgemeinschaften sollen, so die öffentliche Meinung, doch in diesem Zusammenhang die Freiheit der Kunst-, Literatur oder der Medien respektieren und deren Handeln tolerieren. Kleinkariertheit und Intoleranz werden ihnen nicht selten vorgeworfen. Umso mehr erstaunt es, dass es jetzt einem Einzelnen, der dem atheistischen Bund für Geistesfreiheit angehört, gelungen ist, mit einem Gerichtsurteil des bayrischen Verwaltungsgerichtshof das Abhängen von Kreuzen in seinen Klassenräumen zu erzwingen. Der Kläger hatte geltend gemacht, dass dieser „pseudo-religiöse Fetisch“, wie er es nannte, ein Symbol für Hinrichtungen sein. Das Angebot ihm durch Aufhängen von Kreuzen ohne Korpus entgegen zu kommen, lehnte er ab. Hier ist keine Rede mehr von Toleranz. Aber die Intoleranz eines Einzelnen gerichtlich bestätigt zu wissen, empfinde ich in diesem Gesamtzusammenhang als verkehrte Welt.

Im Jahr 2001 wurde ein Mann selig gesprochen, der für seine Religion und die damit zusammenhängenden Überzeugungen auch unter den schwierigsten Bedingungen des Naziregimes eingetreten ist. Ich spreche von Nikolaus Groß, dessen Leben und Einsatz für die freie religiöse und weltanschauliche Überzeugung vielleicht am besten in diesem Satz ausgedrückt ist: „Wenn wir heute nicht unser Leben einsetzen, wie sollen wir

dann vor Gott und unserem Volk einmal bestehen?“ Diese Frage hat Nikolaus Groß in einem Gespräch mit Kaspar Schulte, dem Diözesanpräses der KAB Paderborn, am 19. Juli 1944, also am Vorabend des Attentats auf Hitler, gestellt. Er wurde dabei von seinem Gesprächspartner eindringlich vor den persönlichen Folgen gewarnt, die sich mit seinem Widerstand gegen das Naziregime verbanden. Die Frage mit der Nikolaus Groß sich selbst und seine Zeitgenossen konfrontiert, ist verunsichernd und provokativ zugleich, damals wie heute.

Auf der einen Seite sind wir am Anfang des neuen Jahrhunderts aufgefordert, diese Frage vor dem Hintergrund der Herausforderungen unserer Zeit zu bedenken und Antworten zu finden. Andererseits fordert uns die Beschäftigung mit Nikolaus Groß heraus, unser persönliches Auftreten und Handeln zu überprüfen. Richten wir unser öffentliches Handeln und Wirken an den Grundsätzen unseres Glaubens aus? Sprechen wir auch öffentlich von unsrem Glauben und von der Botschaft Jesu? Zeigen wir in der Gesellschaft, wofür wir stehen? Machen wir deutlich, das wir bekennende Christen sind und dass mit uns nicht alles zu machen ist? Bleiben wir bei unseren Auffassungen, auch wenn es unangenehm wird und mit Konsequenzen verbunden ist? Die Seligsprechung von Nikolaus Groß ist auch ein Signal an uns, für unsere Überzeugungen auch in einer veränderten Gesellschaft offen einzustehen. Es wäre daher falsch, wenn wir mit dem 7. Oktober 2001, dem Tag der Seligsprechung, einen Schlusspunkt unter die Sache „Nikolaus Groß“ setzen.

Mit viel Engagement haben wir im letzten Jahr in unseren Gemeinden hier im Erzbistum Köln, und in den anderen Bistümern in Nordrhein - Westfalen, die Pfarrgemeinderatswahlen abgehalten. Die Wahlbeteiligung war nahezu gleich hoch wie vor vier Jahren. Dies ist besonders in Zeiten der Umstrukturierungen und leider häufig in den Gemeinden um sich greifenden Unsicherheiten, ein beachtliches Ergebnis. Ich bin froh, dass sich in vielen Gemeinden wieder Menschen gefunden haben, die sich für ihre Gemeinde und deren gesellschaftspolitischen Aufgaben im Pfarrgemeinderat engagieren wollen. Ihnen wünsche ich in der jetzt anstehenden Startphase gutes Gelingen und die Erfahrung, dass mit ihrem Engagement in den Gemeinden und darüber hinaus in Staat und Gesellschaft „Kirche lebt“.

Ein anderes Ereignis, das in 2003 stattfindet, wirft seine Schatten voraus. Die Rede ist vom Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003. Inzwischen ist das Leitwort für den Ökumenischen Kirchentag festgelegt. Es lautet: „Ihr sollt ein Segen sein“. In diesem Leitwort kommen Auftrag und Zuspruch ebenso zum Ausdruck wie die Erinnerung an unsere Verpflichtungen als Christen, segensreich in die Welt zu wirken. Ich möchte Sie herzlich einladen, den Ökumenischen Kirchentag als besondere Gelegenheit zu nutzen, gemeinsam mit Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der evangelischen Kirche an der Vorbereitung dieses Kirchentages zu arbeiten. Bitte werben Sie in Ihren Pfarrgemeinden, in den Dekanatsräten und Verbänden für den Ökumenischen Kirchentag 2003.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Internationalen Jahr der Freiwilligen sagen, das wir im letzten Jahr begangen haben. Das Jahr ist nun vorüber und das Thema tritt naturgemäß in der öffentlichen Diskussion wieder in den Hintergrund. Meines Erachtens ist aber in dieser Sache noch nicht genügend erreicht worden. Weiterhin müssen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert werden, die eine Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements fördern. Wir brauchen eine Berücksichtigung der ehrenamtlichen Arbeit im Rentenrecht, die Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit (Ausfallzeit) und eine angemessene Berücksichtigung im Steuerrecht. Ehrenamtliche Tätigkeit sollte als berufliche Qualifikation beim Wiedereinstieg in den Beruf anerkannt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihr vielfältiges ehrenamtliches Engagement im vergangenen Jahr. Geben Sie diesen Dank bitte auch an ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter weiter, auf deren Mittun wir angewiesen sind. Lassen Sie nicht nach. Die Diözese braucht ihr Engagement, sei es in den Pfarrgemeinde- und Dekanatsräten, in den Verbänden, im gesellschaftspolitischen Raum oder auf politischer Ebene. Ich danke auch den Parlamentariern des Bundes- und des Landtages sowie den Mandatsträgern auf kommunaler Ebene, die sich auf unsere Fragen und Anforderungen einlassen und mit uns nach Lösungen suchen. Ich danke Ihnen allen und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes, von Gott begleitetes Jahr 2002.